

Herr Dehnert nimmt zu seinem Antrag Stellung. Grundsätzlich gehe es darum, wo das Krankenhaus stehe. So gebe es die verschiedensten Aussagen in der Presse. Man müsse sich die Frage stellen, wie es nun weitergehe und ob die Gemeinde weiterhin im Schnitt 1 Mio. Euro jährlich für das Krankenhaus investiere.

Bürgermeister Dr. Storch bittet die Herren Frieling und Link von der Marienhaus GmbH, den Sachverhalt zu erläutern.

Zum Eingang seiner Ausführungen stellt Herr Frieling klar, dass Waldbreitbach zum St. Franziskus-Krankenhaus und zu seinem Engagement hier in Eitorf steht. Dies gelte auch für alle anderen Standorte und man sei ein verlässlicher Partner. Als Trägerunternehmen sei man bisher ohne betriebsbedingte Kündigungen ausgekommen. Herr Frieling geht auf verschiedene Entwicklungen ein. Über die Jahreswende sei ein großes Konzept zur Sicherung des St. Franziskus-Krankenhaus auf den Weg gebracht worden. Im März wurde ein neuer Chefchirurg eingestellt. Vor allem würden die Mitarbeiter mitziehen und dies auch auf besondere Weise, in dem diese auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten würden. Man sei auf einem guten Weg. Allerdings schade die Debatte, so wie sie in den letzten Wochen gelaufen sei. Sie führe zur Verunsicherung der Mitarbeiter. Patienten würden sich die Frage stellen, ob sie überhaupt noch in das Eitorfer Krankenhaus gehen sollten. Auch potentielle Kooperationspartner, die man an das Haus ziehen wolle, seien verunsichert. Dies gelte auch für Ärzte. Die Debatte sei absolut kontraproduktiv. Bei aller Diskussion müssten aber am Schluss alle an einem Strang ziehen, und zwar in eine Richtung. Letztlich sei man sicher, dass das Eitorfer Krankenhaus Zukunft habe.

Herr Link unterstreicht die Ausführungen von Herrn Frieling. Die Presseveröffentlichung hätten auch zu Unmut in der Führung der Marienhaus GmbH geführt. Verunsicherung bestehe auch bei ansiedlungswilligen Ärzten. Die entsprechenden Projekte seien auf den Weg gebracht, wobei auch klar sein müsse, dass diese nicht alle von heute auf morgen umsetzbar seien. Die finanzielle Situation des Hauses sei zu trennen zwischen dem „operativen Geschäft“ und langfristigen Verbindlichkeiten. Das Krankenhaus wird seinen Verpflichtungen nachkommen müssen. Die Beurteilung des operativen Geschäftes sei schwierig. Akut sei entscheidend, wie viele Patienten noch im Jahr 2006 in das Krankenhaus kommen. Er selbst, so Herr Link, vertrete zur Zeit Herrn Schumann, der urlaubs- und kurbedingt abwesend gewesen sei. Ihm seien im Eitorfer Krankenhaus viele motivierte und engagierte Mitarbeiter begegnet. Doch alle Mühen nützten nichts, wenn von außen Kräfte auf das Haus eindringen würden, denen man nur schwer Herr werde. Die Verringerung von Patientenzahlen führe unter dem Strich zu so großen Auswirkungen, die durch Einsparungen auf der Kostenseite nicht auszugleichen sind. Zur Zeit sehe er die Situation als kritisch an, deshalb seien mehr Patienten unbedingt erforderlich. Werden die Ziele nicht erreicht, sei es Sache der Gesellschafter, sich über weitere Lösungen zu unterhalten. Dies gehöre aber in die Gesellschafterversammlung und nicht in eine öffentliche Sitzung.

Der Bürgermeister bedankt sich bei den beiden Herren für die Ausführungen und fasst noch einmal zusammen. Klar sei geworden, dass auf der Kostenseite gar nicht die Dinge aufzufangen seien, die durch das Wegbleiben der Patienten verursacht würden. Er appelliert, sich im Bedarfsfalle im Eitorfer Krankenhaus behandeln zu lassen und für das Krankenhaus zu werben. Der Ruf des Hauses spiele eine entscheidende Rolle. Deshalb gelte es, Schluss zu machen mit den Querelen.

Herr Sonntag hält die Darstellung für einleuchtend. Offensichtlich würde aber die Wirkung in der Presse unterschätzt. Herr Sonntag zitiert einige Formulierungen aus den Presseveröffentlichungen der vergangenen Wochen und hält das für kontraproduktiv. Die Veröffentlichungen basierten auf Verunsicherungen und Spekulationen. Dies werde von den Herren Jäckel und Dehnert billigend in Kauf genommen.

Bürgermeister Dr. Storch appelliert an alle, in der Aussprache wieder auf die sachliche Ebene zurückzukommen.

Herr Dehnert weist darauf hin, dass unzählige Krankenhäuser in NRW ähnliche Probleme hätten. Den Patienten würde es nicht interessieren, wie das Krankenhaus finanziell da steht. Entscheidend für den Patienten sei eine gute Betreuung und medizinische Versorgung. Er fragt die Vertreter der Marienhaus GmbH, ob es auch im nächsten Jahr wieder dazu kommen werde, dass die Gemeinde 1 Mio. Euro zuschießen müsse.

Herr Link erklärt zunächst, dass er die Aussage „1 Mio. pro Jahr“ oder „1. Mio. im nächsten Jahr“ in keiner Weise bestätigen könne. In der Gesellschafterversammlung habe man sich über Beträge unterhalten. Dies seien aber nur Beispiele in der Diskussion gewesen und rein spekulativ.

Herr Jäckel erklärt, dass die FDP voll hinter dem Krankenhaus steht. Den Beweis habe man schon früher erbracht, als man sich beispielsweise für eine Verbesserung der ambulanten Behandlungsmöglichkeiten eingesetzt habe. Die von Herrn Sonntag angesprochenen Pressemitteilungen seien nicht von ungefähr gekommen. Herr Sonntag habe nicht nur recht.

Auf weitere Frage von Herr Jäckel hinsichtlich einer möglichen Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft erwidert der Bürgermeister, dass dies nicht Sache einer Ratssitzung sein könne, sondern in die Gremien der GmbH.

Herr Diwo unterstreicht, dass es im Rahmen der Daseinsvorsorge die Pflicht der Gemeinde sei, alles für den Erhalt des Krankenhauses zu tun.

Herr Tandler bedankt sich ebenfalls bei den Vertretern der Marienhaus GmbH. Auch er macht deutlich, was Aufgabe des Rates ist und was nicht. Das operative Geschäft gehöre nun mal in die Hände der Ärzte und des Pflegepersonals.

Es ergeben sich weitere Wortmeldungen.

Herr Jäckel fragt, mit wem Probleme im medizinischen Bereich erörtert werden können und ob es eine entsprechendes Gremium oder eine Patientenbeschwerdestelle gebe.

Geeignet, so der Bürgermeister, sei ein Gespräch mit der Geschäftsführerin. Dies geschehe im übrigen bei verschiedensten Gelegenheiten.

Herr Sonntag erinnert daran, dass auf Beschluss der Gesellschafterversammlung im Haus eine Patientenbeschwerdestelle eingerichtet werden sollte.

Herr Langer bedankt sich bei den Vertretern der Marienhaus GmbH. Er habe erfahren, dass man sich innerhalb der CDU-Landtagsfraktion unterhalten habe und hierbei gesagt wurde, dass man

die Infrastruktur im Ländlichen und auch die Krankenhäuser nicht mehr so in den Vordergrund stellen möchte. Die Eitorfer CDU sei gefordert, diesbezüglich aktiv zu werden. Den Landtagsabgeordneten der Grünen habe man mit positivem Ergebnis eingeschaltet. So sei das Thema auch auf der politischen Ebene zu diskutieren.

In Bezug auf die Kritik an Herrn Jäckel erklärt Herr Dehnert, dass dieser in der Haushaltsrede lediglich gesagt habe, dass das Krankenhaus ihm Sorge mache. Das sei nun mal kein Tabu-Thema und man müsse das Recht haben, Dinge anzusprechen.

Herr Bösking kritisiert den Populismus in der Sache und erinnert daran, dass man beim Tagesordnungspunkt zuvor mit großer Mehrheit einen entscheidenden Beschluss in der Sache gefasst habe.

Frau Kau beantragt schließlich, die Rednerliste zu schließen.

Beschluss
XII/16/176

Dem Antrag wird entsprochen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitsentscheidung bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung.
Herr Dehnert hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Bürgermeister ruft die letzte Wortmeldung der Rednerliste auf.

Herr Sonntag appelliert, sich weiterhin intensiv und konstruktiv für das Eitorfer Krankenhaus einzusetzen. Er, Herr Diwo und Frau Jüdes-Dreesen hätten dies auch Schwester Edith Maria in einem Brief mitgeteilt und die unglücklichen Vorfälle bedauert. Ziel müsse wieder eine sachbezogene Politik sein. Gefordert sei auch die Presse, die in ihrer Berichterstattung das Krankenhaus wieder in einem positiven Licht darstellen solle.